

Sachbericht

„Ohne Gedenken keine Zukunft – 75 Jahre Deportation der Russlanddeutschen“



Förderer & Partner: Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.

Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus
Russland e. V.

Veranstaltung: 24. November 2016

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund



Kurzbeschreibung des Projekts

Die Tagung „Ohne Gedenken keine Zukunft – 75 Jahre Deportation der Russlanddeutschen“ hob unterschiedliche Aspekte der Geschichte der Russlanddeutschen hervor. In den beiden Themenblöcken „75 Jahre Deportation der Deutschen aus der ehemaligen UdSSR – Historische Einordnung und politische Folgen“ und „Gesellschaftliche und politische Teilhabe der Deutschen aus der ehemaligen UdSSR in Deutschland und in den Nachfolgestaaten der UdSSR“ wurden verschiedene Aspekte der Geschichte der Russlanddeutschen beleuchtet. Das Publikum wurde für ein Erinnern und Gedenken an das Schicksal der Russlanddeutschen und deren Leidensgeschichte während der Deportation sensibilisiert. Des Weiteren wurde auch über die Rolle der Russlanddeutschen und ihrer Geschichte im öffentlichen Bewusstsein der deutschen Gesellschaft und in den deutschen Medien gesprochen.

Projekthintergrund

Am 28. August 2016 jährt sich der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolga-Rayons wohnen“ vom 28. August 1941 zum 75. Mal, der eine massenhafte Deportation der Deutschen aus dem europäischen Teil der Sowjetunion in die Tiefen Sibiriens und nach Kasachstan oder Mittelasien einleitete.

1941 bis 1946 wurden ca. 970.000 Deutsche (darunter 280.000 Repatrianten aus Deutschland) hinter den Ural verbannt. Ab Ende 1941 erfolgte die Mobilisierung für die NKWD-Arbeitskolonnen. Jugendliche, Männer und Frauen mussten in der Bau-, Rüstungs- und Holzwirtschaft, bei der Öl- und Kohleförderung unter Bewachung und entrechteter Zwangsarbeit leisten. Lebensgrundlagen wurden zerstört, Familien auseinandergerissen, Zehntausende kamen dabei ums Leben. Die Folgen der Deportationen wirken bis heute nach.

Mit der Öffnung der Grenzen 1989 stieg die Anzahl der Aussiedler dann sprunghaft an. Zwischen 1990 und 2000 reisten jährlich jeweils über 100.000 Menschen als Aussiedler in die Bundesrepublik ein, 1993 bis 1995 sogar jeweils über 200.000. Bis Ende 2004 sind insgesamt rund 2,5 Millionen Menschen als Aussiedler, Spätaussiedler oder deren Angehörige aus der Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten zugewandert. Die Einbeziehung der Aussiedler in das Zuwanderungsgesetz führte zu einem Rückgang der Aussiedlerzahl auf etwa 8.000 im Jahr 2006 und auf unter 2.000 im Jahr 2012. Die Russlanddeutschen haben das Bild der deutschen Gesellschaft nachhaltig verändert. Ihre Integration ist insgesamt trotz gegenteiliger Erzählungen als Erfolgsgeschichte zu bezeichnen.

Projektziel

Ziel der wissenschaftlichen Tagung war es, den 75. Jahrestag der Deportation der Russlanddeutschen zu würdigen und den Blick zugleich auf die praktischen Schritte zur Sicherung von Minderheitenrechten in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu richten. Die Einrichtung der Regierungskommissionen ist ein lebendiges Beispiel für die Kraft, die aus dem Gedenken für die Gestaltung der Gegenwart gezogen werden kann. Darüber hinaus sollten Aspekte der Integration in Deutschland beleuchtet werden.

Der Blick sollte sich somit nicht auf die Vergangenheit beschränken. Vielmehr soll eine lebendige Erinnerungskultur geschaffen und aufrecht erhalten werden, um zum einen das Bewusstsein gegenüber dem Schicksal der Russlanddeutschen zu stärken und zugleich ihrer Geschichte einen Erinnerungsrahmen zu geben, um so auf das Schicksal und die Leidensgeschichte der Russlanddeutschen während und nach der Deportation aufmerksam zu machen.

Projektumsetzung

Die Tagung wurde als repräsentative, eintägige Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland sowie der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland am 24. November 2016 durchgeführt werden. Der Veranstaltungsort war die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund.

Auf der Konferenz wurden im Rahmen von Impulsvorträgen und Podiumsdiskussionen verschiedene Aspekte der politischen und sozialen Folgen der Deportation der Russlanddeutschen ebenso wie aktuelle Fragen der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe in Deutschland eingehend beleuchtet.

Die Tagung band internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein und verstand sich als Forum des Dialogs, dem angesichts der gegenwärtig schwierigen deutsch-russischen Beziehungen und der Instrumentalisierung der russlanddeutschen Volksgruppe durch die Regierung der Russischen Föderation eine große Bedeutung zukommen sollte.

Leider schickte die Botschaft der Russischen Föderation jedoch ebenso wenig einen Vertreter wie der Internationale Verband der deutschen Kultur aus Moskau. Heinrich Martens war aufgrund einer gleichzeitigen Rede vor der Duma in Moskau hingegen entschuldigt.

Die wissenschaftliche Tagung wurde in zwei thematische Blöcke unterteilt. Der erste Themenblock mit dem Titel „75 Jahre Deportation der Deutschen aus der ehemaligen UdSSR – Historische Einordnung und politische Folgen“ setzte sich mit einer historischen Einordnung sowie einer Analyse der politischen und sozialen Folgen der Ereignisse der

Deportation auseinander. Im zweiten Themenblock „Gesellschaftliche und politische Teilhabe der Deutschen aus der ehemaligen UdSSR in Deutschland und in den Nachfolgestaaten der UdSSR“ wurden aktuelle Fragen der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe in Deutschland beleuchtet.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit Grußworten der Kooperationspartner und Förderer der Veranstaltung. Strukturell waren die beiden Themenblöcke nahezu identisch aufgebaut. Durch einen Impulsvortrag wurde inhaltlich in den jeweiligen Themenblock eingeleitet, der dann durch Podiumsdiskussionen mit verschiedenen Expertinnen und Experten vertieft wurde. Das Publikum hatte in diesem Teil zudem die Möglichkeit, Fragen an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Panels zu stellen.

Ablauf der Tagung

Eröffnet wurde die wissenschaftliche Tagung mit dem Grußwort von Frank Smeddinck, Dienststellenleiter der Vertretung Sachsen-Anhalt beim Bund, der einen Blick zurück auf die kriegerischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts warf, die Auslöser für Zwangsmigrationen und Deportationen waren. Gleichzeitig betonte er, dass im Zuge dieser Veranstaltung nicht nur ein Blick zurück auf die schrecklichen Ereignisse geworfen werden solle, sondern auch auf die gegenwärtige gesellschaftliche Lebenssituation der in Deutschland lebenden Deutschen aus Russland. Er übergab daraufhin das Wort an Ansgar Hollah, Leiter der Gruppe K4 „Geschichte und Erinnerung“ bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Ansgar Hollah betonte in seinem Grußwort, dass die Deportation der Russlanddeutschen tiefe Spuren hinterlassen habe, weshalb ein Erinnern umso wichtiger ist, da das Thema der Verfolgung von Minderheiten heute wie damals politisch hochaktuell ist. Er wies zudem darauf hin, dass wir den Opfern ein Gedenken an ihre Leidensgeschichte schuldig sind. Insbesondere hob er dabei die Arbeit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien als „Brückenbauer“ zwischen der Bundesregierung und den Russlanddeutschen hervor.



Ansgar Hollah, Gruppenleiter „Geschichte und Erinnerung“, Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Im Anschluss begrüßte Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e.V., die anwesenden Gäste und betonte, dass die Folgen der Deportation der Russlanddeutschen noch bis heute spürbar sind. Russlanddeutsche seien zum „Spielball zweier Diktaturen geworden und hätten unheimliches Leid erfahren.“



Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft e.V.

Anschließend führte Waldemar Eisenbraun, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, in die Veranstaltung ein. Er kritisierte, dass die

Russlanddeutschen noch nicht „Bestandteil des kollektiven Bewusstseins der Deutschen“ seien, da ihnen weder in den Medien noch in Geschichtsbüchern große Aufmerksamkeit zuteilwerde. Daher bezeichnete er die Bewusstseinsstärkung und die Erregung von Aufmerksamkeit für die Russlanddeutschen als eine der wichtigsten Aufgaben der Landsmannschaft. Gleichzeitig mahnte er auch die Medien an, vorschnelle Urteile über Russlanddeutsche zu überdenken und schlechte Beispiele nicht immer in Osteuropa zu suchen. Daraufhin übergab er das Wort an Dr. Viktor Krieger, Lehrbeauftragter am Historischen Seminar an der Universität Heidelberg, der mit seinem Impulsvortrag den ersten Themenblock „75 Jahre Deportation der Deutschen aus der ehemaligen UdSSR – Historische Einordnung und politische Folgen einleitete.



Waldemar Eisenbraun, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

In seinem Vortrag reflektierte er die Geschehnisse, die im Zusammenhang mit dem Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR vom 26.8.1941 zur Übersiedlung der Deutschen aus der Wolgarepublik in andere Gebiete wie beispielsweise Sibirien und Kasachstan standen und eine massenhafte Deportation der Russlanddeutschen zur Folge hatten. In diesem Zusammenhang beleuchtete er vor allem die Folgen der Deportation für die Betroffenen wie beispielsweise die Einweisung in Zwangsarbeitslager. In einem weiteren Teil seines Vortrags referierte er über die heutige Situation von Russlanddeutschen in Russland. Aus dem Grund, dass ihnen weiterhin Rechte vorenthalten werden und eine Rehabilitierung und Entschädigung und Seiten Russlands bis heute nicht von statten gegangen ist, sei auch der Aufbau einer „Erinnerungskultur“ kaum möglich.



Dr. Viktor Krieger, Lehrbeauftragter am Historischen Seminar an der Universität Heidelberg

Im Anschluss fand das erste Podiumsgespräch statt. Auf dem Podium diskutierten Dr. Katharina Neufeld, Leiterin des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold, Dr. Jörg Morré, Direktor des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst, und Hugo Wormsbecher, russlanddeutscher Schriftsteller aus Moskau. Die Moderation übernahm Prof. Dr. Dr. Victor Dönninghaus, Historiker und Stellvertreter des Direktors am Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. an der Universität Hamburg.



Auf dem Podium diskutierten (v.l.n.r.): Dr. Katharina Neufeld, Leiterin des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold, Moderator Prof. Dr. Dr. Victor Dönninghaus, Historiker, Stellvertreter des Direktors am Institut für Kultur und Geschichte in Nordosteuropa e.V. an der Universität Hamburg, Dr. Jörg Morré, Direktor des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst und Hugo Wormsbecher, russlanddeutscher Schriftsteller

Dr. Katharina Neufeld wies gleich zu Beginn der Diskussion darauf hin, dass die Deportation und die Folgen dieser Ereignisse keinen Platz in einem Land hätten, das den Zweiten Weltkrieg gewonnen hat und deshalb in der russischen Geschichte größtenteils verschwiegen werde. Aus diesem Grund seien Museen, die ein Erinnern an die Deportation aufrechterhalten, umso wichtiger. Nur mit Hilfe von Museen könne die Wahrheit über die Deportation ans Licht gebracht und gleichzeitig über die Vergangenheit aufgeklärt werden.

Viktor Dönninghaus ergänzte, dass es „ohne Wissen über die Vergangenheit keine Zukunft gibt“, weshalb Gedenken und Erinnerung in der heutigen Zeit besonders wichtig seien. Er leitete damit zum Podiumsgast Hugo Wormsbecher über, der als Kind selbst aus der Wolgarepublik nach Sibirien umgesiedelt wurde.

Dieser betonte, dass 1955 die Russlanddeutschen ihre zugewiesenen Gebiete zwar wieder verlassen, jedoch nicht in ihre vorherigen Gebiete zurückkehren durften und es auch keine Entschädigung von Seiten Russlands gab. Auch wurden Russlanddeutsche 1957 bewusst aus der Rehabilitierung von Minderheiten ausgeschlossen und die Rückgabe der Wolgarepublik an die Russlanddeutschen abgelehnt. Jedoch betonte er, dass die Hoffnung auf eine Rehabilitierung heute eher möglich sei, weshalb er sich dafür insbesondere einsetze.

Dr. Katharina Neufeld hingegen widersprach Hugo Wormsbecher, da sie der Meinung sei, dass die Wolgadeutsche Republik der Vergangenheit angehöre. Russlanddeutsche könnten jetzt freier über ihren Wohnort und ihr Nationalgefühl entscheiden, was eine deutsche Wolgarepublik überflüssig mache.

Hugo Wormsbecher widersprach, dass es für Russlanddeutsche in Russland nicht das wichtigste sei, ein deutsches Nationalbewusstsein zu entwickeln, sondern „russlanddeutsch zu bleiben“, da auch die russische Mentalität nicht verloren gehen dürfe. Dies sei jedoch nur in Russland möglich, da sie nur dort ihre eigene Kultur ausleben könnten.

Viktor Dönninghaus schloss die Podiumsdiskussion, zu der sich auch zahlreiche Interessierte aus dem Publikum meldeten, um mit dem Podium zu diskutieren, mit den Worten, dass die Russlanddeutschen „ein Teil Deutschlands geworden sind und einen besonderen Wert für die deutsche Gesellschaft und Kultur haben“.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion trat ein russlanddeutscher Chor der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland auf und trug insgesamt drei Lieder auf Deutsch und Russisch vor.



Auftritt des russlanddeutschen Chores

Der zweite Themenkomplex, dessen Thema die „Gesellschaftliche und politische Teilhabe der Deutschen aus der ehemaligen UdSSR in Deutschland und in den Nachfolgestaaten der UdSSR“ war, wurde durch einen Impulsvortrag von Heinrich Zertik, MdB, eingeleitet. In diesem betonte er, dass die Erinnerungen an das Schicksal der Russlanddeutschen aufrechterhalten bleiben müssten und es zugleich im historischen Bewusstsein der deutschen Gesellschaft verankert werden müsse. Dies gelte insbesondere auch für die Konfrontation der Thematik der Russlanddeutschen mit den Mitgliedern des Deutschen Bundestages, für die Zertik ausdrücklich warb.



Heinrich Zertik, MdB, Bundesreferent für politische Bildung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Im Anschluss folgte die zweite Podiumsdiskussion des Tages. Es diskutierten Waldemar Eisenbraun, Prof. em. Dr. Wolfgang Eichwede, Gründungsdirektor der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Dr. Dmitri Stratievski, stellvertretender Vorsitzender des Osteuropa Zentrum Berlin. Moderierte wurde die Diskussionsrunde von Walter Gauks, Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

Prof. Dr. Wolfgang Eichwede bezeichnete das Schicksal der Russlanddeutschen als Symbol für Leiderfahrung, durch die eine Offenheit für die Leiderfahrung anderer geschaffen werden könne. Die „Wahrnehmung von Erfahrungen anderer Völker bringt Offenheit nicht nur gegenüber dem eigenen Leid, sondern auch gegenüber dem anderer Völker“, betonte er.

Dr. Dmitri Stratievski kritisierte zum einen die fehlende Einbeziehung und Teilhabe von Russlanddeutschen in politische Entscheidungsprozesse und zum anderen die geringe Medienpräsenz und Stigmatisierung von Russlanddeutschen in deutschen Medien. Aus diesem Grund betonte er die Wichtigkeit, dass die Russlanddeutschen selbst Initiative ergreifen, um für ihre eigenen Interessen eintreten zu können.

Waldemar Eisenbraun griff dieses Thema auf und prangerte die fehlende Öffentlichkeitsarbeit der Russlanddeutschen in Deutschland an. Dadurch würden die Russlanddeutschen und ihre Geschichte in Vergessenheit geraten. Dies zu ändern sei eines der dringendsten Ziele der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.



Es diskutierten (v.l.n.r.): Dr. Dmitri Stratievski, stellvertretender Vorsitzender des Osteuropa Zentrums Berlin, Moderator Walter Gauks, Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun und Prof. em. Dr. Wolfgang Eichwede, Gründungsdirektor der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Im Folgenden wurde das Publikum aufgefordert Fragen zu stellen. Die zahlreichen Gäste beteiligten sich rege an der Diskussion.

Abschließend folgte die letzte Podiumsdiskussion des Tages und der Veranstaltung. Bei dieser diskutierten Prof. Dr. Otto Luchterhandt, Vorsitzender des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. an der Universität Hamburg, Heinrich Zertik, MdB, und Hugo Wormsbecher. Moderiert wurde die Gesprächsrunde von Walter Gauks und Prof. Dr. Dr. Viktor Dönninghaus.

Prof. Dr. Otto Luchterhandt bezeichnete die „Integration der Russlanddeutschen als Erfolgsgeschichte“, da sie in den Medien kaum in Erscheinung träten und zugleich darauf getrimmt seien, sich besonders gut in die neue Gesellschaft zu integrieren. Zugleich wies er darauf hin, dass es „ohne historisches Gedenken, keine gute und gerechte Zukunft für Russlanddeutsche in Deutschland“ gäbe.



Bei der abschließenden Podiumsdiskussion diskutierten (v.l.n.r.): Hugo Wormsbecher, Moderator Prof. Dr. Dr. Victor Dönningshaus, Prof. Dr. Otto Luchterhandt, Vorsitzender des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen aus Nordosteuropa e.V. an der Universität Hamburg, Heinrich Zertik, MdB und Moderator Walter Gauks

Heinrich Zertik warb im Namen der Russlanddeutschen dafür, ihre Geschichte nicht Vergessenheit geraten zu lassen und sie aktiv in das Alltagsverständnis und das Bewusstsein der Deutschen mit einzubeziehen, denn nur durch eine ständig gepflegte Erinnerungskultur sei es auch für die Russlanddeutschen möglich, ihre Identität beizubehalten.

Hugo Wormsbecher dankte Deutschland für die Aufnahme und Integration der Russlanddeutschen in die Gesellschaft, mahnte jedoch weiterhin an, dass es für die Russlanddeutschen in Deutschland wichtig sei, ihre eigene Kultur und Identität zu behalten. Aus diesem Grund müsse das Erinnern an das Schicksal und das Leid der Russlanddeutschen weiterhin Teil einer deutschen und russischen Erinnerungskultur bleiben.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion hatte das Publikum die Möglichkeit Fragen zu stellen. Nach einer weiteren regen Debatte endete die Tagung, an der 120 bis 150 Gäste teilgenommen hatten.